Gemeinden wollen Kosten von Hunderten Millionen Franken auf Kanton überwälzen

Bildung Die Kommunen zahlen 80 Prozent der Lehrpersonenlöhne in der Volksschule. Sie streben eine Verminderung auf 50 Prozent an.

Tages-Anzeiger, 14.11.2026



Die Löhne der Lehrpersonen machen in vielen Zürcher Gemeinden mehr als 60 Prozent des Budgets aus. Foto: Christian Pfander

Die Zürcher Volksschule ist eine grosse Errungenschaft. Und sie ist teuer. Allein die Löhne der Lehrpersonen belaufen sich inklusive Lohnnebenkosten auf 1,8 Milliarden Franken im Jahr.

Entsprechend interessiert es die Involvierten, aus welchen Kassen diese Summe bezahlt wird. Seit 2012 der Finanzausgleich eingeführt wurde, zahlt der Kanton 20 Prozent der Löhne und die Gemeinden 80 Prozent. Zuvor zahlte der Kanton durchschnittlich 32 Prozent der Lohnkosten für die Volksschule.

Die Diskussion um den Kostenverteiler flammte kürzlich wieder auf. Der Kantonsrat beschloss Verbesserungen für die Lehrpersonen, Kostenpunkt: 87 Millionen.

Weil das Vorhaben die 160 Gemeinden insgesamt 67 Millionen gekostet hätte, gingen sie auf die Barrikaden. Nicht weniger als 102 Gemeinden ergriffen das Referendum – ein singulärer Vorgang im Kanton Zürich. Sie fürchteten die Mehrkosten. Am Ende siegten die Gemeinden, das Stimmvolk sagte am 27. September klar Nein.

GLP will Kostenteiler von 70:30 Prozent

Laut Stefan Schmid, Gemeindepräsident von Niederglatt und Vizepräsident des Zürcher Gemeindepräsidienverbands (GPV), macht das Schulwesen in den meisten Gemeinden mindestens 60 Prozent des Gesamtbudgets aus. Logisch, dass mit diesem Hintergrund jede Erhöhung kritisch hinterfragt werde, sagt Schmid, der auch SVP-Kantonsrat ist. Für seine Gemeinde hatte er ausgerechnet, dass die zusätzlichen Lehrpersonenlöhne gleich viel gekostet hätten wie das ganze Polizeiwesen in seiner 5500-Seelen-Gemeinde.

Den Gemeinden zu Hilfe kommt nun die GLP. Kantonsrat Urs Glättli hat eine Motion eingereicht, welche den Kostenverteiler auf 70:30 statt 80:20 Prozent festlegen will. Sein Hauptargument für eine Entlastung der Gemeinden und eine Mehrbelastung des Kantons lautet, dass Letzterer immer mehr Vorgaben gemacht habe. Dann solle er auch mehr zahlen.

Der Regierungsrat kann das Argument nicht nachvollziehen und lehnt die Motion ab, wie er in seiner Stellungnahme schreibt. Dass ihn die Änderung des Kostenteilers 180 Millionen kosten würde, erwähnt der Regierungsrat nicht einmal. Aber er zählt auf, dass die Gemeinden in den letzten Jahren um jährliche 380 Millionen entlastet wurden – zulasten des Kantons. So wurde der Kanton gezwungen, sich stärker an den Sozialkosten und am Strassenunterhalt zu beteiligen.

Die GLP-Sichtweise «Wer befiehlt, soll bezahlen» hat aber den Gemeindepräsidienverband überzeugt. Er unterstützt die Motion. Die Gemeinden stünden zur Volksschule, betont GPV-Präsidentin Monika Keller, Gemeindepräsidentin von Greifensee und FDP-Kantonsrätin. «Sie können aber nicht dauerhaft Hauptfinanzierer eines Systems bleiben, das zunehmend kantonal gesteuert wird.»
Der Kanton habe in den vergangenen Jahren kostentreibende Entscheide gefällt. Das Volks-Nein zur Lehrpersonenentlastung war laut Keller ein klares Signal der Bevölkerung: «Reformen ja, aber nicht auf Kosten einer einseitigen Belastung der Gemeinden.»

Kanton Zürich müsste halbe Milliarde mehr zahlen

Die Motion Glättli verbessere die Balance zwischen Kanton und Gemeinden und wäre ein Schritt in die richtige Richtung. Denn der GPV denkt weiter und peilt einen Kostenteiler von 50:50 Prozent an, wie GPV-Vize Stefan Schmid bestätigt. Das würde bedeuten, dass jährlich 540 Millionen von den Gemeinden auf den Kanton überwälzt würden, kaum zur Freude von SVP-Finanzdirektor Ernst Stocker. Schmid ist klar, dass es dazu eine grössere Diskussion im Rahmen des Finanzausgleichs braucht. «Man müsste eine Gesamtschau vornehmen und mehr Bereiche als nur die Schule anschauen.»

Im Kantonsrat traktandiert ist die Motion am Montag. Ob sie drankommt, ist unsicher. Obwohl der GPV bürgerlich dominiert ist, wird es der Vorstoss auf der rechten Seite schwer haben. Sowohl Kellers FDP wie Schmids SVP lehnen ihn ab.

Und auch von links kommt keine Hilfe. Die SP sei skeptisch, sagt Carmen Marty Fässler. «Die Motion greift zu kurz, wir befürworten aber eine saubere Auslegeordnung.» Auch Thomas Forrer (Grüne) winkt ab: «Finanzielles Entgegenkommen vonseiten des Kantons führt in den Gemeinden oft zu Steuersenkungen», sagt er. «Die Steuerzahlenden müssen dann einfach für die Mehrausgaben des Kantons aufkommen.»

Pascal Unternährer